

Protokoll

30. Sitzung vom 19. Juni 2017
rsa
Seite 726

Behörde	Gemeinderat
Traktanden	Siehe unten
Sitzungsdatum/Zeit	Montag, 19. Juni 2017, 19.00 Uhr – 20.20 Uhr
Sitzungsort	Sitzungssaal Untermosen, Gulmenstrasse 4
Teilnehmende	32 Mitglieder des Gemeinderats und der Stadtrat, Esther Ramirez, Ratssekretärin, Ruth Schäfer, Ratssekretärin-Stv., sowie Peter Krapf, Ratsweibel
Entschuldigte	Hans Peter Andreoli (berufliche Gründe) Walter Münch (private Gründe) Nadia Schüpbach (Ferien)

Traktanden

1. Mitteilungen
2. Abnahme der Rechnung der Politischen Gemeinde für das Jahr 2016
3. Abnahme des Geschäftsberichts des Stadtrats für das Jahr 2016
4. Einbürgerung
 - HOCH Friederike und ihre Kinder Amelie Sophia RÖMER und Yannis Luca RÖMER, alle deutsche Staatsangehörige, wohnhaft in Wädenswil, Meierhofrain 21

Die Traktandenliste wurde rechtzeitig am 9. Juni 2017 in der ZSZ amtlich publiziert.

Auf Anfrage gibt es keine Einwände gegen die Traktandenliste.

1. Mitteilungen

Gemeinderatspräsident Angelo Minutella begrüsst zur heutigen Sitzung. Michael Weiss wird ca. 20 Minuten später eintreffen, da sein Zug Verspätung hat.

1.1 Eingänge

- Weisung 19; Änderungsantrag vom 19. Mai 2017, betreffend Werkstadt Zürisee: Kredit Erschliessung, Altlastensanierung, Arealentwicklung sowie Kompetenzdelegation an den Stadtrat
- Schriftliche Anfrage der EVP/EDU-Fraktion, vom 21. Mai 2017, betreffend Rechtmässigkeit der Kürzung des Budgets der Schulsozialarbeit (SSA)
- Weisung 21, vom 26. Mai 2017, betreffend Ausbau und Erneuerung der Hardware für die Primarschule; Rahmenkredit
- Bericht und Antrag zur Rechnung 2016 der Politischen Gemeinde Wädenswil und zum Geschäftsbericht des Stadtrats für das Jahr 2016

1.2. Überweisungen

- Die Weisung 21, vom 26. Mai 2017, betreffend Ausbau und Erneuerung der Hardware für die Primarschule; Rahmenkredit, wurde zur Vorberatung der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission überwiesen.

10.06

2. Abnahme der Rechnung der Politischen Gemeinde für das Jahr 2016

Gemäss Art. 25 Abs. 2 Geschäftsreglement GR entfällt die Eintretensdebatte.

Detailberatung:

Präsidentin der GRPK, Christina Zurfluh Fraefel, SVP, teilt mit, dass es auch im letzten Jahr wieder viele schockierende Schlagzeilen gegeben habe, speziell von den Terroranschlägen in Deutschland, Belgien und Frankreich. Daneben habe es auch Überraschungsmomente wie den Brexit oder den Präsidentschaftswahlkampf in den USA gegeben. Dabei seien nicht wirklich die Inhalte diskutiert worden, sondern Falschmeldungen (sogenannte „Fake News“) und skandalöse Aussagen möglichst reisserisch vermarktet worden. Der deutliche Wahlsieg von Donald Trump sei dann vor allem ein Misstrauensvotum gegen die politische Oberschicht gewesen. Die Umfragen vor der Präsidentschaftswahl in den USA, vor der Brexit-Abstimmung oder auch vor diversen Volkabstimmungen in der Schweiz hätten eine grosse Gemeinsamkeit, nämlich die statistische Ungenauigkeit werde um ein Mehrfaches übertroffen und in allen Fällen werde die angestaute Wut der sogenannten „Wutbürger“ systematisch unterschätzt.

Dass es in der Schweiz mit solchen Wutbürgern noch nicht eskaliert sei, hänge vor allem damit zusammen, dass sich die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger regelmässig an Abstimmungen äussern könnten, und nicht nur alle vier Jahre zwischen dem Schlimmen und dem Schrecklichen wählen müssten. Trotzdem gebe es auch im politischen System in der Schweiz immer mal wieder Überraschungen. So könnte auch die Rechnung 2016 bezeichnet werden, als positive Überraschung, wobei sie sich aber erst die Augen reiben mussten. Sie bezeichne den Stadtrat deswegen nicht als Zauberer oder als Magier, doch man gerate

schon ein wenig in ein Wechselbad der Gefühle, fast wie bei einem Harry Potter Film, wenn man von einem budgetierten Minus von CHF 4.0 Mio. zu knapp minus CHF 10.0 Mio. in der Hochrechnung hinauf katapultiert werde und dann schlussendlich bei einem Minus von CHF 400'000.- lande. Sie würden jetzt mal hoffen, dass der neue 80 m Turm an der letzten Chilbi nicht die Inspiration dazu gewesen sei.

Die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission sei an der Sitzung vom 6. April 2017 über den Jahresabschluss des vergangenen Jahrs von Stadtrat Peter Schuppli und dem Leiter Finanzen, Stefan Müller, informiert worden. Einen Dank gehe an die beiden Herren für die informativen und seriösen Ausführungen.

Nachträglich habe es noch eine interne Buchungskorrektur gegeben, sodass die Rechnung 2016 mit einem Gesamtaufwand von CHF 175.5 Mio. und einem Gesamtertrag von CHF 175.1 Mio. schliesse. Durch dieses Defizit von CHF 400'000.- plus den Bewertungsverlust aus der Neubewertung der Liegenschaften des Finanzvermögens von CHF 900'000.-, das übrigens auch gemäss der Revisionsfirma korrekt gewesen sei, reduziere sich das Eigenkapital auf CHF 51.9 Mio.

In der Hochinvestitionsphase hätten die Investitionen ins Verwaltungsvermögen netto CHF 20.3 Mio. und ins Finanzvermögen CHF 23.0 Mio. ausgemacht, was ein Total von CHF 43.3 Mio. ergebe oder um CHF 800'000.- tiefer als budgetiert ausfalle. Das moderate Minus in der Rechnung sei durch tieferen Sachaufwand, weniger interne Verrechnungen, Betriebs- und Defizitbeiträge, weniger Personalaufwand und Abschreibungen entstanden. Mehraufwände habe es bei der Entschädigung für Dienstleistungen anderer Gemeinwesen, bei den Passivzinsen und bei den Einlagen in Spezialfinanzierung gegeben. Höhere Einnahmen habe es erfreulicherweise bei den Quellen- und Nachsteuern und vor allem bei den Grundsteuern gegeben. Hier habe ein langjähriger Rechtsstreit abgeschlossen werden können.

Dass der Sparappell angekommen sei, sei erfreulich, denn diesen brauche es nach wie vor. Wenn der Stadtrat das weiter so vorlebe, zum Beispiel mit seinen Kreditbeschlüssen ausserhalb des Voranschlags und es in den Abteilungen auch so weitergeführt werde, seien sie zuversichtlich. Wichtig sei ihnen Transparenz und eine offene Kommunikation. Dazu hätten sie im vergangenen Jahr sicher gute Signale erhalten. Auf bad feelings, die beim Bau der Frohmatt aufgekommen seien, weil viele Folge- und Zusatzkosten eigentlich in den Initialkredit gehört hätten, würden sie künftig gerne verzichten. Bad feelings hätten aber auch einige von ihnen, wenn das Thema Schule aufkomme. Dass dort rund 65% des Steuersubstrats hineinflössen, habe sie bereits mehrfach erwähnt. Auch wenn die OSW immer wieder darauf poche, eine eigenständige, super gut funktionierende Schulgemeinde bleiben zu wollen, habe sie ihre Zweifel, ob der Austausch mit der Stadt wirklich so professionell sei, wie angepriesen. Auch wenn ihnen anlässlich der letzten OSW Gemeindeversammlung mitgeteilt worden sei, dass es eine langjährige Zusammenarbeit mit der Primarschule gäbe, so frage sie sich zum Beispiel wie es sein könne, dass die OSW bei den Mittagstischangeboten eine Abnahme verzeichnen müsse und diese abbaue, während dessen die Primarschule in diesem Bereich händierend nach Lösungen suche. Die logische Folgerung wäre für sie: jetzt seien sie eine Gemeinde, also brauche es auch nur eine Schule oder moderner ausgedrückt: one school, one voice.

Nebst der Schule hätten sie weitere ebenso wichtige Themen auf dem Radar wie die zunehmenden Kosten der Sozialversicherungen und auch die Krankenpflegebeiträge. Diese würden aufgrund der demografischen Entwicklung steigen. Schliesslich werde in der Bildungs- und Forschungsstadt auch ganz normal und alltäglich gelebt und handfest gearbeitet. Darum freue es sie persönlich sehr, wenn die Werkstadt Zürisee „in trockenen Tüchern“ sei.

Die offizielle GRPK-Besuchswoche bei der Stadtverwaltung habe vom 8. bis 12. Mai 2017 stattgefunden. An dieser Stelle gehe nochmals ein grosser Dank an alle Beteiligten für die geleistete Arbeit.

Die externe Revisionsstelle BDO habe vorab die finanztechnische Prüfung der Rechnung 2016 vorgenommen und empfehle mit Schreiben vom 7. April 2017 diese zu genehmigen. Eine Subkommission der GRPK habe an der Besprechung mit der BDO und der Stadt teilgenommen. Speziell betont worden sei dabei einmal mehr die perfekte Vorbereitung und auch der sehr professionelle Aufbau der IT. Sämtliche Bankbestätigungen seien von der BDO eingeholt und überprüft worden.

Zum Bericht und Antrag seien sie von der Stadt noch auf folgende Punkte aufmerksam gemacht worden:

- Auf der Seite 3, beim letzten Abschnitt stehe der Satz: „Dies, obwohl noch kein Quadratmeter Land verkauft ist.“ Das habe nichts mit der im Satz zuvor erwähnten Grundstückgewinnsteuer zu tun. Die erwähnte Grundstückgewinnsteuer von CHF 961'000.- sei beim Kauf des Grundstücks durch die Stadt vom vorherigen Besitzer angefallen und habe somit keinen Zusammenhang mit dem Weiterverkauf der Grundstücke an das Gewerbe. Dazu sei die Sichtweise einiger GRPK-Mitglieder allerdings unterschiedlich.
- Auf der Seite 4 beim zweiten Abschnitt stehe: „Das Inventar ist bis 1989 ...“. Die korrekte Jahreszahl sei 1986. Das Inventar sei bis 1986 zurück erfasst (Einführung von HRM1). „Anfang 2018 wird der Stadtrat mit einer Weisung den Bilanzanpassungsbericht vorlegen, ...“. Korrekt sei: „Der Stadtrat wird eine Weisung zum Entscheid Restatement ja oder nein vorlegen. Der Bilanzanpassungsbericht wird erst nach dem Jahresabschluss 2018 im ersten Halbjahr 2019 in den Gemeinderat kommen. Inhalt des Bilanzanpassungsberichts ist die Bilanz per 31. Dezember 2018 und die Umstellung dieser Werte auf die Eröffnungsbilanz per 1. Januar 2019 nach HRM2.“

Es kämen also mit HRM2 und dem damit verbundenen Entscheid zum Restatement, der Neubewertung der Immobilien ja oder nein, weitere spannende Aufgaben auf sie zu, bei denen bestimmt alle gefordert seien. Auf der „to-do“-Liste für die kommende Zeit sei auch weiterhin die Marschrichtung des FLAG Systems. Die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission warte seit ein paar Jahren auf eine Stellungnahme des Stadtrats zum weiteren Vorgehen. Da die Situation unbefriedigend sei, werde sich eine Subkommission der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission im Herbst zum Austausch mit den Verantwortlichen einer Stadt treffen, wo NPM, New Public Management, so der offizielle Begriff, bereits seit einiger Zeit flächendeckend eingesetzt werde.

Auch auf ein klares, öffentliches Leitbild als übergeordnete Zielvorgabe würden sie noch immer warten. Auch wenn sie der Meinung sei, dass die Professionalität in Wädenswil gestiegen sei, würden die Aufgaben weiter anspruchsvoll bleiben. Dass nun grosse Brocken an Arbeit, mit der erweiterten Gemeinde, der Werkstadt Zürisee und HRM2, auf alle zukämen, das schlecke keine Geiss weg. Darum könne sie die Aussage im Geschäftsbericht von Peter Schuppli nur unterstreichen und wiederholen: „Es ist absolut entscheidend, die richtigen Dinge zu tun und es ist absolut unabdingbar, die Dinge richtig zu tun.“

Im Namen von allen Mitgliedern der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission beantrage sie die Rechnung 2016 und die FLAG-Berichte abzunehmen. Zustimmung zur Annahme dürfe sie auch im Namen der SVP-Fraktion bekanntgeben. Zudem empfehle sie auch im Namen aller Mitglieder der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission den Geschäftsbericht abzunehmen.

Mitglied der GRPK, Christian Gross, SP, erwähnt zwei positive und zwei negative Sachen zur Rechnung. Als erstens bedanke er sich beim Stadtrat und insbesondere der Abteilung Finanzen. Seit Jahren fordere die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission immer wieder, dass der gemittelte Selbstfinanzierungsgrad in den letzten Jahren gewichtet angegeben und nicht einfach zusammengezählt werde. Das sei nun endlich passiert und die Empfehlung sei nicht mehr im Bericht enthalten. Das möge eventuell etwas detailliert wirken aber auch Details zur Verbesserung würden es verdienen, hin und wieder erwähnt zu werden. Der zweite positive Punkt sei etwas relevanter. Es gehe um den insgesamt guten Abschluss, den die SP auch sehr freue. Statt CHF 4.0 Mio. Defizit hätten sie eines in der Höhe von CHF 0.4 Mio. Einen Wehrmutstropfen gebe es aber zu diesem Punkt. Die Verbesserung des Ergebnisses sei zum grössten Teil infolge der sehr hohen Quellensteuer eingetroffen. Das sei nicht unbedingt ein neuer Trend, sondern wahrscheinlich ein einmaliger Ausreisser. Damit komme er nun auch zum negativen Teil. Es sei ein Trauerspiel, wie stiefmütterlich die Fonds der Stadt behandelt würden. Auf den gemeinnützigen Fonds lägen ca. CHF 1.5 Mio. und würden jedes Jahr verzinst, aber nicht bewirtschaftet. Es seien keine Transaktionen ersichtlich, es passiere nichts. Noch schlimmer sei jedoch die finanzielle Sachlage der Stadt. Er habe mit dem gemittelten Selbstfinanzierungsgrad angefangen und schliesse auch wieder damit. Positiv sei, dass er endlich korrekt angegeben werde, negativ sei der Wert, der der Selbstfinanzierungsgrad habe. Nur ca. die Hälfte der Investitionen in den letzten fünf Jahren habe die Stadt selber finanzieren können. Der Rest sei in die Schulden gelaufen. Das zeige, die Tiefsteuerstrategie der Bürgerlichen habe fehlgeschlagen. Die finanzielle Gesamtlage sehe weiterhin dunkelgrau aus. Mit dem guten Rechnungsabschluss hätten sie sich etwas Zeit erkaufte und diese solle gut genutzt werden.

Mitglied der GRPK, Rita Hug, Grüne, zitiert: „des einen Freud, des andern Leid“ könnte als Übertitel für das Abschliessen der Rechnung 2016 genommen werden. Das doch viel bessere Ergebnis als budgetiert sei einerseits wie bereits genannt durch einen Quellensteuer-Segen begünstigt worden und andererseits durch den Personalstopp sowie harte Sparmassnahmen. Zusätzlich seien einmal mehr Investitionen nach hinten verschoben worden. Einige Abteilungen hätten mit einem sehr tiefen Personalbestand arbeiten müssen. So zum Beispiel die Abteilung Immobilien, die lange Zeit ohne Führungsperson gewesen sei. Wenn eine Stelle lange unbesetzt bleibe oder gar nicht mehr personell ersetzt werde, würden zwar Gelder gespart, aber die Gefahr, dass Mitarbeitende ausbrennen oder in ein Burnout fallen

würden, sei sehr gross. Auch andere Abteilungen hätten verlauten lassen, dass sie mit mehr Personal viel wirtschaftlicher und auch gewinnbringender für die Stadt arbeiten könnten. Wenn Personal fehle, könnten auch weniger Leistungen erbracht werden. Sachen, die zwar wichtig, aber nicht unbedingt nötig seien, würden verschoben oder gar gestrichen. Für die Grünen sei es schon sehr unverständlich, dass die gleichen Parteien, die überall Kürzungen provozieren, wieder zusätzliche Leistungen vom Personal erwarten würden. So wurde es an der letzten Gemeinderatssitzung gesagt, als ein Konzept für die Verwaltung der Immobilien - zum Beispiel für das frei werdende Haus der Abteilung Werke - verlangt worden sei. Ein Konzept auszuarbeiten bedürfe Zeit, Knowhow und Personal. Wenn gespart werden müsse, sei das Erarbeiten solcher sicher sinnvollen Instrumente einfach nicht möglich.

Sie hätten auch bei ihren Vorstössen und Anfragen gemerkt, dass überhaupt kein Interesse oder auch Zeit da sei, sich Gedanken zu machen, ob und was in Wädenswil verbessert werden könnte. Es müssten ja nicht immer die grossen Würfe sein. Wenn sie gestern am See-gütli vorbeigefahren oder spaziert seien, hätten sie gesehen, dass die Wiese voll mit Menschen gewesen sei, die sich dort vergnügt hätten. Dass die Stadt überhaupt kein Engagement zeige, sanitäre Anlagen und Wasser bereitzustellen, sei einfach unverständlich. Das gehöre zu einem Service public. Dass der Stadtrat nicht bereit sei, das Volleyballfeld mit einem zusätzlichen Schutz gegen die Eisenbahnseite und den See zu versehen, sei fahrlässig. Immer wieder würden Personen den Ball von den Gleisen oder aus dem See holen.

Auch die offensichtlichen Sparmassnahmen in der Abteilung Planen und Bauen hätten zu Kopfschütteln geführt. Aber die Natur melde sich zurück, das Unkraut kämpfe sich bereits tapfer zwischen den Steinrabatten herauf.

Sie denke einfach, dass solche radikalen, ihres Erachtens unüberlegten Sparmassnahmen, mehr schaden als nützen würden. Wenn wirklich gespart werden wolle, müssten Betriebsabläufe hinterfragt werden. Dafür sei es vielleicht sinnvoll, eine externe Person dazu zuziehen wie es bei der Frohmatt der Fall gewesen sei, damit man sich ein Gesamtbild machen und seriöse Sparmöglichkeiten aufzeigen könnte. Vielleicht würde ein solches Engagement das Vertrauen der Gemeinderäte zurückholen und so unüberlegte Budgetstreichungen verhindern.

Die Grünen würden sich auch wünschen, dass sich der Stadtrat in Rechtsfragen besser beraten liesse, damit solche zusätzlichen, kostspieligen Abstimmungen wie diejenige vom 9. Juli 2017 vermieden werden könnten.

Stadtrat Finanzen Peter Schuppli bedankt sich bei der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission und ihrer Präsidentin, Christina Zurfluh Fraefel, für die konstruktive und zügige Abwicklung und Abnahme der Rechnung 2016. Wie üblich sei die Berichterstattung der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission fundiert und ausführlich. Bedanken wolle er sich aber nicht nur bei den Kommissionsmitgliedern sondern auch bei den Mitarbeitenden der städtischen Verwaltung.

Auch wenn sich der Vorgang, der Besuch der Mitglieder der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission in der Verwaltung jährlich wiederhole, sei es doch jeweils ein spezieller Vorgang. Denn da würden zahlreiche Fragen gestellt und vertiefte Diskussionen geführt,

aber auch Vorschläge und Anregungen, immer in konstruktivem und zukunftsgerichtetem Sinn und Geist, eingebracht.

Grundsätzlich sei die Abnahme der Jahresrechnung aber eine Überprüfung und Kontrolle, ob das, was geplant respektive budgetiert worden sei, auch so eingetroffen sei. Wenn nicht wird geklärt, was die Gründe für eine Abweichung seien und ob diese niet- und nagelfest seien. Die nicht vorgesehenen Abweichungen könnten durch die Politik und/oder die Verwaltung oder aber auch durch übergeordnete, von der Stadt Wädenswil nicht beeinflussbare Ereignisse, verursacht worden sein. Er denke dabei an die Bewegungen im Bereich der Steuerzahlen wenn gute Steuerzahlende hierher zögen oder die Stadt wieder verliessen. Er wolle damit nur andeuten mit wie viel Unbekanntem eine öffentliche Hand permanent konfrontiert sei.

Das Fazit, das sich darum jedes Jahr ziehen lasse, sei, dass das Budget jedes Jahr nach bestem Wissen und Gewissen erstellt werde. Bei der Umsetzung seien aber unzählige und unvorhersehbare Klippen zu umschiffen und zu meistern. Anders als prognostiziert, könne sich beispielsweise die Konjunktur, also die Gesamtwirtschaft, entwickeln. Das habe gewöhnlich Auswirkungen auf der Einnahmeseite, konkret wie erwähnt im Steuerbereich. Auch die Ausgabeseite könne unliebsame Überraschungen liefern. Er denke da an die städtische Infrastruktur, unter und über dem Boden, die, wie das die Bevölkerung erwarte, stets in gutem Zustand sein sollte, aber durchaus auch einmal eine notfallmässige Reparatur erfordere.

Auf einen Nenner gebracht könne festgehalten werden, dass die Stadt Wädenswil unverändert das Ziel verfolge, eine wohnliche, lebenswerte Stadt zu sein mit einem breitgefächerten Arbeitsplatzangebot, reichhaltigen Einkaufsmöglichkeiten und einer breiten Palette an Sport- und Freizeitmöglichkeiten.

Er habe noch einige Anmerkungen zum Rechnungsabschluss 2016. Wie aus der Medienmitteilung vom 23. März 2017 entnommen werden konnte, sei der Abschluss 2016 mit einem Defizit von CHF 0.4 Mio., also einer roten Null, um CHF 3.6 Mio. besser als budgetiert ausgefallen. Das habe zwei Gründe. Erstens hätten die Sparanstrengungen durch den Stadtrat und die Verwaltung Früchte getragen, andererseits hätten höhere Einnahmen aus dem Quellen- und Grundstückgewinnsteuerbereich das Resultat positiv beeinflusst. Die Hoffnung sei, dass sich der Trend auch im Laufe des Jahres fortsetze. Wenn das eintrete, könnte in einem Jahr wiederum von einem besser als budgetierten Abschluss berichtet werden. Denn am Ziel, dass die Stadt Wädenswil mittelfristig eine ausgeglichene Rechnung präsentieren könne, halte der Stadtrat unverändert fest.

Der Stadtrat werde sich in der Detailberatung je nach Bedarf nochmals zu Wort melden. Abschliessend bitte er den Gemeinderat, im Namen der Abteilung Finanzen und des gesamten Stadtrats, nach der Detailberatung der vorliegenden Rechnung zuzustimmen, inklusive den FLAG-Projekten.

Thomas Koch, FDP, teilt mit, dass er im Namen der FDP etwas zur Rechnung sage, da das GRPK-Mitglied Walter Münch abwesend sei. Der Rechnungsabschluss 2016 könne wie folgt betitelt werden: „Glück gehabt“. Das Finanzjahr 2016 dürfe, er mache einen Ausflug an die

Chilbi, als Achterbahnfahrt angesehen werden oder vielleicht auch als unsicheres „tapsen“ in einem Tunnel, wo in weiter Ferne langsam ein Lichtlein erkennbar sei. Angefangen habe die Achterbahnfahrt damit, dass der Stadtrat ein Defizit von CHF 4.0 Mio. budgetiert habe. Mit der Hochrechnung im Herbst habe er mit einem Defizit von gar CH 9.6 Mio. schockiert. Schlussendlich liege dann ein fast ausgeglichener Rechnungsabschluss vor. Das sei natürlich erfreulich.

Zu einem Teil hätten die Sparanstrengungen von Stadtrat und Verwaltung zu einem besseren Rechnungsabschluss geführt. Das sei vor allem ein Verdienst der FDP im Verbund mit den anderen bürgerlichen Parteien. Die Parteien im Parlament also, die den Auftrag von den Wählern und Steuerzahlern, mit dem ihnen zur treuhänderischen Verwaltung übergebenen Steuergeld haushälterisch umzugehen, noch ernst nähmen. Mit konsequentem Hinterfragen der Ausgabepositionen sei es den bürgerlichen Parteien, aber auch dem diesbezüglich offenbar langsam aus dem Schlaf der Gerechten aufgeweckten Stadtrat und der Verwaltung gelungen, Budgetkorrekturen anzubringen und ganz grundlegend einzelne Budgetposition zu hinterfragen. Insbesondere zu prüfen, ob jede Position, die sich über die Jahre in das Budget eingeschlichen und dort festgefressen habe, wirklich einem Naturgesetz folgend immer wieder in das nächste Jahr unverändert mitgeschleppt werden müsse. Hierfür gebühre dem Gesamtstadtrat und insbesondere dem Stadtrat Finanzen und der gesamten Verwaltung ein herzlicher Dank.

Aber bevor alle einer allgemeinen Euphorie verfallen würden: Es sei nicht alles Gold, was glänze. Das Licht am Ende des Tunnels sei erst ein trügerisches Fackeln. Der relativ gute Abschluss sei zu einem wesentlichen Teil nur Einmaleffekten zu verdanken wie einem ausserordentlichen Grundstücksteuerertrag von CHF 3.0 Mio. und Quellensteuernachzahlungen von CHF 2.0 Mio. Nur so habe ein Fehlbetrag von rund CHF 5.0 Mio. in letzter Minute abgewendet werden können. Eben: Glück gehabt, wie gesagt. Den realisierten Einsparungen stünden immer höhere, kaum beeinflussbare Kosten zum Beispiel bei der Pflegefinanzierung, Asylbetreuung, Ergänzungsleistungen zur AHV und der IV gegenüber. Dieses „strukturelle Defizit“ in Millionenhöhe könne nicht alleine durch Sparmassnahmen oder Steuererhöhungen aufgefangen werden. Dringend nötig seien Steuereinnahmen von juristischen Personen. Leider aber würden Firmen wie BASF und Von Roll Wädenswil verlassen. Unternehmen, die Mitarbeitende hätten bzw. gehabt haben, die wiederum, sofern in Wädenswil ansässig, hier Steuern zahlen und dem lokalen Gewerbe Aufträge vergeben würden. Die schmerzlichen Wegzüge müssten also mit Neuansiedlungen kompensiert werden. Hier sehe die FDP noch nicht die gewünschten Anstrengungen des Stadtrats. Die Werkstadt ZÜRISSEE sei zwar ein guter Anfang, aber der Stadtrat müsse endlich aktiv über die Grenzen von Wädenswil hinaus in grösseren Dimensionen denken und die Werkstadt ZÜRISSEE auch ausserhalb von Wädenswil aktiv bewerben. Ein wenig polemisch ausgedrückt: Wenn im Rütihof dereinst nur Zimmerberg-Busse parkiert würden, die bekanntlich keine Steuern zahlten, habe sich die Übung Werkstadt ZÜRISSEE wahrscheinlich nicht gelohnt. Es müssten umsatzstarke Unternehmen, die auch bereit seien den Steuersitz nach Wädenswil zu verlegen, angezogen werden. Die Bemühungen sollten und dürften natürlich nicht im Vorfeld abgewürgt werden durch weitere Steuererhöhungen. Steuererhöhungen seien nicht das Allerheilmittel, wie das die Linken, Grünen und vermehrt auch die beiden E-Parteien gebetsmühleartig vortrügen, so auch heute. Sondern ganz im Gegenteil, wenn die Steuerschraube noch weiter

angezogen werde, zögen mit Sicherheit keine guten Steuerzahler nach Wädenswil. Steuerzahler, die das, was jedes Jahr ins Budget gestellt werde, berappen müssten.

Parallel zum aktiveren Bewerben von Wädenswil als Firmenstandort fordere die FDP-Fraktion den Stadtrat und die Verwaltung weiterhin auf, Bestehendes in Frage zu stellen, Abläufe zu hinterfragen und Synergien zwischen den Abteilungen zu realisieren. Gefragt sei insbesondere eine schlanke und effiziente Verwaltung.

Gerade jetzt, da aus drei Gemeinden eine gemacht werde, sei der Zeitpunkt ideal, Wädenswil auch in finanzpolitischer Hinsicht fit zu machen, damit sie sich auch in Zukunft ein starkes und lebenswertes Wädenswil leisten könnten und Investitionen, wie beispielsweise das gerade eingeweihte Schulhaus Rotweg, tätigen könnten.

Damit Wädenswil auch weiterhin attraktiv bleibe und sich mit der gewohnt hohen Lebensqualität schmücken könnte, wäre es sicherlich schön, wenn auch die Linken, die Grünen und die beiden E-Parteien anfangen würden, mit ihnen am gleichen Ende des Stricks für die Zukunft von Wädenswil zu ziehen. Aber wenn der Schritt zur Vernunft nicht möglich sei, weil aus der gestrigen, überholten Ideologie einfach nicht ausgebrochen werden könne oder wenn einem Blumenrabatten, die bekanntlich nicht die Stadt, sondern der Kanton zubetoniert habe, den Blick verstellten, wäre das schade. Doch dann würden sie es auch so schaffen, zusammen mit den bürgerlichen Parteien und Partnern. Die FDP-Fraktion bleibe auf alle Fälle am Ball.

Zur laufenden Rechnung der einzelnen Abteilungen und gleichzeitig die FLAG-Projekte: (blaue Ausgabe)

Präsidiales, S. 16 ff.

Mitglied der GRPK, Christine Merseburger, EVP, teilt mit, dass Christian Gross und sie am 9. Mai 2017 die Abteilung Präsidiales besucht hätten. Sie seien vom Stadtpräsidenten Philipp Kutter, Hanni Bürgi, Esther Ramirez sowie Heinz Kundert freundlich empfangen worden. Die im Voraus gestellten Fragen seien gut und ausführlich beantwortet und auch auf die spontanen Fragen sei kompetent Auskunft gegeben worden.

Die Rechnung 2016 der Abteilung Präsidiales schliesse mit einem Aufwand von CHF 7.8 Mio. und einem Ertrag von CHF 4.0 Mio. um CHF 0.2 Mio. besser ab als budgetiert. Das sei auf die gute Geschäftsführung und die Sparanstrengungen zurückzuführen, die in der Abteilung Präsidiales konsequent durchgeführt worden seien.

Zum Sammelkonto Mobilien habe es im Vorfeld verschiedene Fragen gegeben. Sie hätten dann merken müssen, dass das Sammelkonto sehr viele verschiedene Sachen bündle. So seien im Sammelkonto Mobilien, das von den Bürgerlichen kritisiert worden sei, zum Beispiel auch der Kauf von neuen Bibliotheksbüchern enthalten. Es sei darauf hingewiesen worden, dass bei der Wahl der Lieferanten unbedingt gespart werden müsse. Nicht nur der Preis, sondern auch Qualität und Service würden eine Rolle spielen. Wädenswil sei zwar eine Stadt, aber als Käufer von Büromaterial eher ein KMU als ein Grosskunde. Dennoch

werde beim Büromaterial alles beim gleichen Lieferanten über ein Kundenkonto eingekauft, dadurch ergäben sich bessere Konditionen.

Bei der Telefonie sei im Rahmen der Budgetfragerunde ein Sparpotential vermutet worden. Dieses gebe es hier aber kaum. Die internen Telefone seien heute schon kostenlos, sei es mit Telefon oder VoIP. Es gebe ein paar Abteilungen, die noch nicht im Verwaltungsnetz eingeschlossen seien und dort würden Kosten anfallen. Ob sich eine Umstellung auf VoIP oder der Wechsel zu einem anderen Anbieter je amortisieren würde, sei wirklich die Frage.

Auch die Kulturförderung stehe jedes Jahr bei den sparwütigen Parteien im Fokus. Hier könne gesagt werden, dass die Kulturförderungsbeiträge des Kantons an die Stadt Wädenswil auf Grundlage der eingereichten Abrechnung der Stadt über die geleisteten Förderungen erfolge. Dies bedeute, dass die Gelder immer erst ein Jahr später flössen. Somit gebe es eine gewisse Diskrepanz. Für die Kulturschaffenden sei es aber ein Vorteil, weil sie nur ein Gesuch, nämlich dasjenige an Wädenswil, einreichen müssten. Für die bildenden Künstler, Maler, Bildhauer und Schriftsteller sei es aber inzwischen sehr schwierig geworden, Unterstützung zu erhalten, da die Stadt ja keine Neuanschaffungen mehr tätigen dürfe. Das habe der Gemeinderat so beschlossen und der Kanton unterstütze nur Veranstaltungen, also keine Werke wie zum Beispiel ein Bild. Zur Abteilung Präsidiales könne zum Schluss gesagt werden, dass die gesetzten Ziele mit etwas weniger Aufwand gut erreicht worden seien.

Finanzen, S. 26 ff

Globalkredit Immobilien S. 178 - 181

Mitglied der GRPK, Pierre Rappazzo, GLP, teilt mit, dass die Abteilung Finanzen durch Christoph Lehman und ihn besucht worden sei. Sie seien kompetent betreut worden. Die Aufwandszahlen der Finanzen seien normalerweise ziemlich konstant, darum erstaune es auf den ersten Blick, dass es Schwankungen von über 10% gebe. Diese seien aber vorwiegend den Rückstellungen für die BVK geschuldet. Ohne diese habe sich wenig gegenüber den Vorjahren verändert. Bei den Einnahmen seien die Schwankungen grösser und weniger kalkulierbar. Aus hängigen Rechtsfällen seien die CHF 2.7 Mio. an Grundstückgewinnsteuern, die schon mehrfach budgetiert worden seien, eingegangen. Diese seien aber im Budget 2017 budgetiert und würden dort fehlen. Weiter habe im 2016 bereits die Grundstückgewinnsteuer von fast einer Million für die Werkstadt ZÜRISSEE verbucht werden können, obwohl noch kein Quadratmeter Land verkauft sei.

Die Liegenschaften hätten einen Verlust von CHF 0.4 Mio. erzielt, damit sei das FLAG-Ziel der Kostenneutralität deutlich verpasst worden. Ursache dieses Verlusts sei die Neubewertung des Finanzvermögens, die in den letzten 10 Jahren verpasst worden sei. Es sei in den letzten 10 Jahren verpasst worden, die wertvermehrenden Investitionen abzuschreiben. Im 2016 seien nun CHF 663'000.- Abschreibungen nachgeholt worden. Auch für das Jahr 2017 sei nochmals mit zusätzlichen Abschreibungen von nicht budgetierten CHF 100'000.- zu rechnen. Weiter blähe diese Neubewertung die Rechnung mit CHF 11.2 Mio. Aufwands- und Ertragsseite saldoneutral auf. Im Finanzvermögen befänden sich viele Liegenschaften, die eigentlich ins Verwaltungsvermögen gehören würden. Das Problem sei erkannt und werde mit der Einführung von HRM2 bereinigt.

Die Abteilung Finanzen sei gut aufgestellt und im Zeitplan für die Einführung von HRM2 per 1. Januar 2019. Das Inventar für „alt Wädenswil“ sei bis 1986 zurück erfasst. Die Eingemeindung von Schönenberg und Hütten werde dazu nochmals deutlich viel Mehrarbeit verursachen. Anfang 2018 werde der Stadtrat eine Weisung zum Entscheid Restatement ja oder nein vorlegen. Ein Jahr später werde dann der Bilanzanpassungsbericht im Gemeinderat behandelt. Das habe Christina Zurfluh Fraefel bereits erwähnt. Bei der IT bestehe grosser Nachholbedarf, die Buchhaltungssoftware sei deutlich in die Jahre gekommen und die GRPK mache sich Sorgen und hoffe, dass sie schnell ersetzt werden könne.

Stadtpräsident Philipp Kutter dankt Pierre Rappazzo für den Bericht. Um das nochmals in aller Klarheit zu Protokoll zu geben: Die Grundstückgewinnsteuer bei der Werkstatt Zürichsee hänge mit dem Kauf des Landes zusammen, der die Stadt getätigt habe. Bei jedem Landhandel gebe es eine Grundstückgewinnsteuer, wenn es dabei einen Gewinn gebe. Darum habe das mit allfälligen Verkäufen nichts zu tun, die später anfallen würden.

Mitglied der GRPK, Pierre Rappazzo, GLP, sagt, dass die Abteilung Finanzen das auch nicht verstehen wollte. Sie hätten damit sagen wollen, dass es sich um einen Buchgewinn handle, der Gewinn selber habe nicht stattgefunden. Die Stadt habe etwas gekauft und aktiviert und davon Gewinn geschrieben. Das habe er sagen wollen und nichts anderes.

Planen und Bauen, S. 34 ff.

Globalkredit Planen und Bauen, S. 182 - 187

Mitglied der GRPK, Rita Hug, Grüne, informiert, dass sie den Bericht im Namen von Walter Münch vorlesen dürfe, weil er heute abwesend sei. Walter Münch und sie hätten zusammen die Abteilung Planen und Bauen besucht. Sie würden sich bei Heini Hauser, Rita Newnam und Titus Zoller für die Beantwortung der Fragen und die angeregte Diskussion bedanken.

Die Rechnung 2016 schliesse mit einem Nettoaufwand von CHF 6.2 Mio. um CHF 0.4 Mio. besser als budgetiert ab. Das konnte einerseits durch kostenbewusstes Handeln und durch Einsparungen beim Strassenwesen erreicht werden; insbesondere beim Winterdienst, dem baulichen Unterhalt der Strassen und bei der Anschaffung von Maschinen. Der Winterdienst sei schwer kalkulierbar und verändere sich je nach Winter stark. Auch bei den Unterhaltskosten für die Strassen bestehe eine grosse Abhängigkeit vom Winter (Frost-Tauen-Frost). Zudem seien 1.8 Stellenprozente beim Unterhalt für die Grünanlagen und beim Friedhof nicht mehr neu besetzt worden. Andererseits konnten in den Bereichen „Arbeiten für Dritte“ und Verrechnen von „Belagsarbeiten für Dritte“ Mehreinnahmen generiert werden.

Der Kostendeckungsgrad beim Globalkredit „Vermessung und GIS“ habe sich weiter verschlechtert und sei mit 76% erstmals unter 80%. Somit habe der Indikator von über 80% nicht mehr eingehalten werden können. Seit 2014 müssten die digitalen Grunddaten im Kanton Zürich nach dem neuen Gesetz massiv günstiger abgegeben werden. Gemäss Absicht des Kantons solle eine Revision der kantonalen Gebührenverordnung durchgeführt werden. Der

Bezug von Daten der amtlichen Vermessung solle künftig kostenlos werden, wie dies in anderen Kantonen bereits der Fall sei, beispielsweise im Kanton Schwyz. Dann würden weitere Gebühren wegfallen und der Kostendeckungsgrad werde sich weiter verschlechtern.

Das Spezialfinanzierungsguthaben bei den Abwasseranlagen werde zukünftig um ca. CHF 0.5 bis CHF 1.0 Mio. pro Jahr abnehmen. Dies aufgrund der reduzierten Gebühren und dem ab 2016 zu leistenden Beitrag von CHF 9.- pro Einwohner in den Micropoll. Das sei eine Sonderabgabe für die Elimination von Mikroverunreinigungen an den Bund. Daraus würden durch das Bundesamt für Umwelt geeignete Massnahmen und Technologien zur Verminderung des Eintrags von Mikroschadstoffen über das kommunale Abwassersystem in die Gewässer erarbeitet. Zudem würden mit diesen Geldern Beiträge an Kläranlagen geleistet, die auf die neuen Technologien umgerüstet werden müssen. Wenn wieder grössere Investitionen in der ARA nötig seien, müssten die Gebühren nach oben angepasst werden.

Stadtrat Planen und Bauen Heini Hauser bringt zu Handen des Protokolls die Korrektur an, dass es nicht 1.8 Stellenprozente seien, sondern 1.8 Vollzeitstellen bzw. 180 Stellenprozente, die nicht besetzt worden seien.

Werke, S. 46

Globalkredit Werke S. 187 - 195

Mitglied der GRPK, Judith Fürst, SP, teilt mit, dass am 15. Mai 2017 Rita Hug und sie die Abteilung Werke besucht hätten. Rolf Baumbach und Ernst Brupbacher hätten sich Zeit genommen, die Fragen ausführlich und kompetent zu beantworten. An dieser Stelle nochmals ein herzlicher Dank.

Durch Investitionen im Gasversorgungsnetz steige das Verwaltungsvermögen weiter an, während das Spezialfinanzierungskonto konstant gehalten worden sei. Die Ausgaben seien so budgetiert gewesen, weil sie gedacht hätten, dass die Gaseinkaufspreise steigen würden. Die höheren Einkaufspreise seien aber nicht eingetroffen. Das FLAG-Ziel, dass die Differenz zwischen dem Guthaben der Spezialfinanzierung und des Verwaltungsvermögens maximal 50% des Jahresumsatzes sein solle, sei eingehalten worden.

Bei der Wasserversorgung sei das Verwaltungsvermögen weiterhin konstant bei CHF 1.5 Mio. Das Spezialfinanzierungskonto sei durch die unterwartet hohen Mehreinnahmen bei den Anschlussgebühren von CHF 3.7 Mio. auf CHF 4.6 Mio. gestiegen. Die Differenz zwischen dem Verwaltungsvermögen und der Spezialfinanzierung betrage nun rund CHF 3.1 Mio. Laut FLAG-Ziel solle die Differenz bis 2020 abgebaut werden.

2016 seien in der Kernzone in Wädenswil vier Unterflurcontainer (UFC) für den Hauskehricht realisiert worden. Weitere sogenannte UFC's seien in Planung. Im Moment sei es mit den momentanen personellen Ressourcen schwierig, geeignete Standorte zu finden, um weitere Sammelstellen zu realisieren.

Mit der Weisung 17 kämen sie dem Ziel, eine höhere Recyclingquote zu erreichen, ein Stück näher. Durch die Integration der Verwaltung könnten die Kommunikationswege verkürzt und

viele Fahrten zwischen Verwaltung und Werkhof eingespart werden. Die Entsorgungsmöglichkeiten würden momentan noch die gleichen bleiben, sie würden jedoch mit einer Kunststoffentsorgung erweitert, sobald ein ökologisches und ökonomisches Recycling sichergestellt werden könne.

Sicherheit, S. 60 ff.

Globalkredit Sicherheit S. 196 - 197

Mitglied der GRPK, Lukas Wiederkehr, CVP, teilt mit, dass Pierre Rappazzo und er die Abteilung besucht hätten. Von Stadtrat Jonas Erni und Abteilungsleiter Sebastian Epp seien sie herzlich empfangen worden. Sie hätten einen spannenden Einblick in die Abteilung erhalten. Dafür bedanke er sich.

Mit dem Nettoaufwand von CHF 1.3 Mio. lägen sie um CHF 0.5 Mio. unter dem Budget, das sei vor allem auf Mehrerträge zurückzuführen. Die genauen Begründungen zu den entsprechenden Budgetabweichungen könnten aus dem Bericht entnommen werden.

Hervorheben wolle er die Präventionsarbeit. Trotz der tieferen Kosten als budgetiert und gegenüber des Vorjahrs seien alle Ziele erfüllt worden. Grund dafür sei die weiterhin sehr gute Zusammenarbeit der verschiedenen Präventionsakteure (Arbeitsgruppe Prävention und Sicherheitskafi). Durch die gemeinsame Präsenz von Polizei, SIP und Jugendarbeit könne die Einsatzgestaltung sehr flexibel vorgenommen werden, was auch immer besser klappe, Stichwort „wetterabhängige Patrouillen“. Bei schönem Wetter würden bereits früher Patrouillen durchgeführt. Das habe sich bewährt. Ein weiterer Punkt sei, dass die Etablierung von öffentlicher Präsenz, wie zum Beispiel an der Naglikerwiese oder neu im Seegüetli, einen disziplinierenden Effekt auf die Gäste hätte und somit die Präventionsarbeit sehr gut unterstütze.

Zum Zweckverband Zivilschutz Zimmerberg (ZVZZ), der anfangs 2016 gegründet worden sei, könne gesagt werden, dass bereits ein Effekt ersichtlich sei und die entsprechenden Kosten bereits merklich gesunken seien.

Schule und Jugend, S. 67 ff.

Globalkredit Freizeitanlage S. 197 - 199

Mitglied der GRPK, Rita Hug, Grüne, sagt, dass sie wieder zusammen mit Walter Münch die Abteilung Schule und Jugend besuchen durfte. Vielen lieben Dank an Stadtrat Johannes Zollinger, Eva Soland und Patrick Weil für die sehr gute Beantwortung aller Fragen und die offene Diskussion während des Besuchs.

1'661 Kinder wollten oder müssten, Rechnen, Lesen, Schreiben und Sprachen lernen. Sie wollten Turnen, Musik spielen und sollten auch noch betreut werden. Die Betreuung solle zeitgemäss, spannend, zielführend und aber auf jeden Fall kostengünstig sein. Für einen so grossen Betrieb ein Budget zu erstellen sei sicher keine einfache Sache. Dieses dann noch einzuhalten noch viel weniger. Es seien neben den Kindern auch noch Eltern, Lehrpersonen

und nicht zuletzt das Volksschulamt, die Begehren und Forderungen an die Primarschule stellen würden. So habe der Regierungsrat kurzerhand beschlossen, dass im Dezember 2016 infolge der Schuljahresverschiebung den Lehrern der ausstehende halbe Monatslohn ausbezahlt werde. Somit beginne das Schuljahr neu jeweils am 1. August und nicht mehr Mitte August wie bis anhin. Das habe eine Nachzahlung von immerhin CHF 250'000.- bedeutet. Somit sei die Abweichung von rund CHF 130'000.- Nettoaufwand ein sehr gutes Ergebnis für die Abteilung Schule und Jugend.

Die Schülerzahlen seien seit 2012 stetig gestiegen. Im August müsse bereits wieder eine zusätzliche Kindergartenklasse eröffnet werden. Viele dieser Kinder wollten oder müssten vor der Schule, über den Mittag oder nach der Schule noch zusätzlich betreut und gepflegt werden. Auch hierfür brauche es Räume, Personal und Infrastruktur. Das alles könne nicht einfach so aus dem Ärmel geschüttelt werden. Diese grossen Herausforderungen würden viel Organisationstalent und Einfühlungsvermögen von den verantwortlichen Personen verlangen.

Ein Besuch in der Jugendabteilung sei auch immer sehr spannend. So seien die Jugendarbeiter einerseits immer dort, wo es Konflikte geben könne, aber auch prophylaktisch hätten sie ein offenes Ohr für die Jungen. Das Jugendhaus Sust öffne sich immer mehr, so würden auch Jugendliche aus der Stiftung Bühl sowie junge Asylsuchende zu den regelmässigen Gästen gehören. Das sei ein wertvoller Beitrag zum friedlichen Zusammenleben.

Falls ihnen im September musizierende Kinder im Dorf begegnet seien, sei das anlässlich des 40-Jahre-Jubiläums der Musikschule Wädenswil gewesen. Es hätten kleine Konzerte und Aufführungen der Musikschule stattgefunden. Alle Beteiligten hätten dieses Engagement ehrenamtlich geleistet.

Dass sich Kinder und Jugendliche in Wädenswil so wohl fühlen würden, sich entfalten und sich in einem guten Umfeld entwickeln könnten, sei ein grosser Verdienst der Mitarbeitenden der Abteilung Schule und Jugend.

Soziales, S. 74 ff.

Globalkredit Soziales S. 200 - 203

Globalkredit Alterszentrum Frohmatt, S. 204 - 207

Mitglied der GRPK, Christoph Lehmann, SVP, sagt, dass am Vormittag des 10. Mai 2017 Judith Fürst und er das Alterszentrum Frohmatt und am Nachmittag die Abteilung Soziales besucht hätten. Den beiden Abteilungsleitern Cristian Rentsch und Markus Morger, wie auch Stadträtin Astrid Furrer und allen involvierten Mitarbeitenden wollten sie für die kooperative Zusammenarbeit danken. Gestellte Fragen seien ausführlich, präzise und umfassend im Vorfeld beantwortet worden.

Die Frohmatt wolle er zuerst erwähnen, weil im Voranschlag ein Ausgabenüberschuss von CHF 0.354 Mio. angesagt worden sei, aber mit einer positiven Zahl von fast CHF 61'000.-

abgeschlossen habe. Das Ergebnis überrasche, wenn sie wüssten, dass im Vorjahr, im ersten operativen Jahr nach dem Umbau, noch ein Verlust von CHF 2.2 Mio. abgeschrieben werden musste.

Anhand dieser Zahlen werde aber auch ersichtlich, dass die Frohmann ihre betriebswirtschaftliche Gesundung vorangetrieben habe. Die Cockpit-Instrumente seien etabliert für monatliche Kontrollen und Quartalsberichte an den Stadtrat. Mit organisatorischen Verbesserungen seien die Ausgaben verkleinert und mit Taxerhöhungen die Einnahmen vergrößert worden. Natürlich habe auch die vom Gemeindeamt empfohlene Auflösung der BVK-Rückstellungen von CHF 0.22 Mio. zu diesem positiven Ergebnis beigetragen. Die erste Freude könne jetzt mit Nachhaltigkeit wiederholt oder vervielfacht werden.

Im Vergleich zum Voranschlag seien die Erträge aus Pensions-, Betreuungs- und Pflegeleistungen tiefer ausgefallen. Eine schlechtere Belegung im Bereich Betreutes Wohnen und den Pflegewohngruppen seien da stark spürbar. Es gehe um die Anzahl Todesfälle, die innert Jahresfrist von 45 auf 69 zugenommen hätten. Bei den häufigen Wechseln sei es schwierig, die Zimmer nahtlos zu besetzen. Aufgrund der unterschiedlichen Fluktuation beim Betreuten Wohnen, Demenz und Pflege sollten die Indikatoren überarbeitet und vielleicht einzeln ausgewiesen werden.

Soziales ohne Frohmann weise einen Nettoaufwand von CHF 19.6 Mio. aus. Das seien CHF 1.4 Mio. weniger als im Voranschlag und rund CHF 0.5 Mio. mehr als im Vorjahr. Die grössten Ausgaben lägen wiederum bei den Sozialversicherungen. Die Zunahme der Nettoausgaben zum Voranschlag 2016 seien um CHF 0.7 Mio. und in der Summe auf über CHF 8.5 Mio. gestiegen.

Habe die Stadt Wädenswil im Jahr 2013 noch CHF 10.7 Mio. an Zusatzleistungen ausbezahlt, seien es im 2016 bereits CHF 15.1 Mio. gewesen. Diese Ausgaben bestünden aus Ergänzungsleistungen, kantonalen Beihilfen, kantonalrechtliche Zuschüsse und Krankenkosten. Nur 44% würden durch den Kanton finanziert. Die längere Lebenserwartung, steigende Kosten und gesetzlich nicht beeinflussbare Leistungen würden das stetige ungebremste Wachstum erklären.

Das Budget Asylwesen sei vor der Kontingenterhöhung erstellt worden. Deshalb seien Aufwand und Ertrag deutlich höher ausgefallen. Dank der starken Bautätigkeit Hangenmoos und durch Zumietungen an der Seestrasse sei es gelungen, die starke Erhöhung kostenneutral zu organisieren. Doch aufgepasst: 2016 habe sich das Verhältnis Person „laufendes Verfahren“ zu Personen „vorläufig Aufgenommene“ zu Ungunsten der Stadt Wädenswil verändert. Vorläufig Aufgenommene würden zwar noch einige Jahre vom Bund finanziert. Vielleicht würden sie in dieser Zeit selbständig und finanziell unabhängig. Wenn nicht, würden sie im Sozialsystem von Wädenswil hängen bleiben.

Glücklicherweise seien die starken Zunahmen in Gesetzliche wirtschaftliche Hilfe nicht wie budgetiert eingetroffen. Der Nettoaufwand wachse nur auf CHF 4.1 Mio., im Budget CHF 5.2 Mio. Unter dem Strich nähmen die Gesamtfallzahlen leicht ab: 733 Fälle anstelle von 764 im Vorjahr, was einem Rückgang von 31 Fällen oder 4% entspreche.

Stadträtin Soziales Astrid Furrer bedankt sich bei Christoph Lehmann und Judith Fürst für die guten Gespräche. Betreffend Frohmatt könne gesagt werden, dass sie das Vorgeschlagene aufnahmen und es ein wichtiges Stützinstrument für die Belegung sei. Für das nächste Jahr solle die Bettenbelegung aufgeteilt werden in Demenz, Pflege und Betreutes Wohnen. Monatlich werde das ausgewiesen und sie würden schauen und eng begleiten, ob die Belegung stimme und wie reagiert werden könnte, auch beim Personaleinsatz damit sie diese Kosten in den Griff bekämen.

Zum Sozialen könne gesagt werden, dass sie wegen den Zahlen, die genannt worden seien, etwas verwirrt sei. Im Bericht seien 474 Fälle ausgewiesen. Das hätten sie letztes Jahr bei der wirtschaftlichen Hilfe auch gehabt. Die Fälle seien zwar stabil geblieben, aber ein Fall sei ein Dossier und bei einer Familie seien das mehr als eine Person. Ein Drittel der Sozialhilfefälle betreffe Kinder unter 17 Jahren. Die Fälle seien zwar gleich geblieben, aber die Personenanzahl sei massiv angestiegen. Seit 2013 hätten sie 100 Personen mehr in der Sozialhilfe. Die Quote als solches bleibe nur gleich wegen des Bevölkerungswachstums. Das sei der gleiche Effekt wie sie auch andernorts hätten. Von dem her sei es mit deutlich mehr Aufwand für die Leute verbunden und trotzdem hätten sie es mit den Kosten noch im Griff. Sie würden hoffen, dass das so bleibe.

Sie packe die Gelegenheit und sage noch kurz etwas zu den Fonds. Sie verstehe, dass so reagiert werde. Das Problem sei, dass die jeweiligen Fonds sehr eng gefasst seien wofür das Geld verwendet werden dürfe. Am ehesten werde der Fonds „zusätzliche Leistungen an Einkommensschwache“ gebraucht. Hier könnten kleinere zusätzliche Beiträge geleistet werden, zum Beispiel für einen Musikkurs, den die Sozialhilfe nicht bezahle. Schwieriger werde es bei Fonds wie dem „Hermine Secretan-Fonds“. Dieser ermögliche jungen Frauen, ein akademisches Studium und eine berufliche Weiterbildung zu erreichen. Der Fonds sei erstellt worden zu einer Zeit, als es nicht so selbstverständlich gewesen sei wie heute. Heute gebe es Stipendien und andere staatliche Mittel, aus welchen so etwas finanziert werde. Ein Fonds dürfe nicht dazu da sein, um staatliche Leistungen, die von Gesetzes wegen erbracht werden müssten, zu finanzieren. Weiter gebe es einen Fonds „zur Wiedereingliederung ehemaliger Drogenabhängiger“. Ein ehemaliger Drogenabhängiger sei aus allem herausgekommen und sei nicht mehr drogenabhängig. Somit gebe es das gar nicht. Darum könne der Fonds praktisch gar nicht gebraucht werden. Das sei das Problem. Es werde immer wieder geprüft wofür die einzelnen Fonds eingesetzt werden könnten, aber es sei schwierig.

Gesundheit, S. 90 ff.
Globalkredit Bäder S. 207 - 209

Mitglied der GRPK, Lukas Wiederkehr, CVP, sagt, dass auch hier Pierre Rappazzo und er die Abteilung besuchen durften und wiederum durch Stadtrat Jonas Erni und Abteilungsleiter Sebastian Epp betreut worden seien. Den Besuch hätten sie selbstverständlich am gleichen Tag gemacht um die Kosten nicht zu sehr in die Höhe zu treiben. Auch hier sei alles gut beantwortet worden.

Mit einem Nettoaufwand von CHF 8.6 Mio. lägen sie CHF 1.4 Mio. über dem Budget. Festzuhalten sei dabei, dass wiederholt eine massive Budgetüberschreitung bei der Kostenstelle

Krankenpflege zustande gekommen sei. Bereits an der Budgetdebatte im Vorjahr hätten sie darauf hingewiesen, dass die Aufwandschätzung unrealistisch sei, was sich jetzt bewahrheitet habe. Es sei völlig klar, dass die effektiven Kosten nur schwer beeinflusst werden könnten, weil vieles von höheren Instanzen vorgegeben werde und auch abhängig von der Demografie sei. Jedoch würden sie in Zukunft eine realistischere Budgetierung erwarten, damit nicht mehr eine so massive Budgetüberschreitung in Kauf genommen werden müsse. Weitere Details könnten aus dem Bericht entnommen werden.

Zur Investitionsrechnung, S. 98 ff.

Mitglied der GRPK, Christine Merseburger, EVP, teilt mit, dass die Investitionsrechnung anhand der vorgelegten Zahlen punktuell geprüft worden sei und folgende Feststellungen gemacht werden könnten:

Beim Verwaltungsvermögen sei das Budget gut eingehalten worden, ebenso beim Finanzvermögen. Die im Vergleich zu 2015 viel höheren Ausgaben im Finanzvermögen seien auf das Projekt Werkstatt Zürisee zurückzuführen. Es gebe aber keine Budgetüberschreitung, da sie budgetiert worden seien. In den nächsten Jahren, so die Erwartung, sollten die Einnahmen im Finanzvermögen dann negative Nettoinvestitionen ergeben, bis die gesamte Summe wieder eingenommen worden sei. Die grössten Investitionen im Verwaltungsvermögen seien im Bericht aufgeführt. Sie lese diese nicht vor.

Die Schlussabrechnung des Baukredits für die Erneuerung der Frohmatt von CHF 19.7 Mio. habe sich in die Länge gezogen. Auch dieses Jahr habe sich auf diesem Baukredit etwas bewegt. Wandschützen, Energieoptimierung, Wasserschaden und Förderbeiträge seien verbucht worden. Beim Wasserschaden sei im Vorplatz eine lecke Stelle abgedichtet worden. Dabei hätten sie sich gestritten, ob es sich dabei um einen Planungs- oder Ausführungsfehler handle. Das habe sich nicht mehr feststellen lassen und sie hätten sich auf eine Schadenteilung von je CHF 0.03 Mio. geeinigt. Die Abrechnung des Baukredits sei nun für Juni 2017 vorgesehen.

Die GRPK habe allgemein das Gefühl, dass zwischen Rechnung und Investitionen nicht klar abgegrenzt werde. Auch scheine es, dass gewisse Investitionen über mehrere Jahre und in mehreren Tranchen aufgeteilt worden seien, damit sie in die finanzielle Kompetenz der Frohmatt fallen würden. Bei der Prüfung der Bauabrechnung werde die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission hier ein besonderes Augenmerk haben und würde sich freuen, wenn sie positiv überrascht würde.

Abrechnung Politisches Gemeindegut (Bau- und Kreditabrechnungen), S.176 - 177

Gemeinderatspräsident Angelo Minutella teilt mit, dass die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission dem Gemeinderat die Abnahmen der folgenden Bau- und Kreditabrechnungen beantrage:

- Schulanlage Steinacher, Au, Instandsetzung Lernschwimmbecken Ersatz Technik
- Photovoltaikanlage Sportbauten Untermosen, Verpflichtungskredit

Mitglied der GRPK, Christine Merseburger, EVP, führt aus, dass die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission noch etwas Kleines zu den Fonds zu sagen habe. Im letzten Jahr hätten sie im Bericht eine Auflistung gemacht. Dieses Jahr sei darauf verzichtet worden, da es bei den meisten Fonds keine Bewegungen gegeben habe. Die Fonds hätten verschiedene Zwecke. Was die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission am meisten störe sei, dass die Stadt im Jahr 2016 Zinsen von CHF 10'936.28 für diese Fonds geleistet habe. Das seien CHF 10'000.-, die nicht so ausgegeben werden müssten. Im Fondsreglement gäbe es gewisse Sachen, was gemacht werden könnte und alle seien aufgefordert, wie Christina Zurfluh Fraefel es bereits erwähnt habe, genauer hinzuschauen. Sie wüssten, dass nicht alles machbar sei aber vielleicht gebe es gewisse Schlupflöcher.

Nun komme sie zu den Bauabrechnungen. Ein Ausschuss der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission habe die Bauabrechnungen stichprobenartig überprüft. Gleichzeitig sei auch die finanzpolitische Prüfung, d.h. die Einhaltung des städtischen Submissionsleitfadens, die verwaltungsinternen Zuständigkeiten bei den Kreditvergaben, die Plausibilisierung der Kreditabweichungen sowie das Vorhandensein von Abnahmeprotokollen und Garantiescheinen geprüft worden.

Beim Ersatz Technik, Lernschwimmbecken Steinacher, Au, habe die Überprüfung der Bauabrechnung gezeigt, dass alle Rechnungen vorhanden und korrekt abgerechnet worden seien. Die Kosten lägen unter dem Kredit, was erfreulich sei. Bei einzelnen Posten gebe es im Voranschlag im Vergleich zur Rechnung gewisse Abweichungen. So habe es beispielsweise Sachen gegeben, die halb so teuer, aber auch solche, die doppelt so teuer wie budgetiert gewesen seien.

Bei der Kredit- und Bauabrechnung Verpflichtungskredit-Photovoltaikanlage Sportbauten Untermosen habe die vom Gemeinderat bewilligte Weisung den Einbau einer Photovoltaikanlage auf dem Dach der Sportbauten, ohne Fassade, beinhaltet. Die Kontrolle habe ergeben, dass die Rechnungen vorhanden und rechtzeitig bezahlt worden seien, damit der Skonto abgezogen werden konnte. Die Kreditunterschreitung von 1.02% sei erfreulich und auch die gute Arbeit der Handwerker, die geleistet worden sei.

Schlussabstimmung über die zwei Bau- und Kreditabrechnungen

Der Rat verabschiedet die Bau- und Kreditabrechnungen einstimmig.

Schlussabstimmung über die Rechnung 2016

Der Rat verabschiedet die Jahresrechnung 2016, die Sonderrechnungen und die Globalkredite mit Leistungsberichten der FLAG-Bereiche 2016 einstimmig.

16.04.33

3. Abnahme des Geschäftsberichts des Stadtrats für das Jahr 2016

Gemäss Art. 25 Abs. 2 Geschäftsreglement GR entfällt die Eintretensdebatte.

Detailberatung

Keine Wortmeldungen.

Schlussabstimmung

Der Rat genehmigt den Geschäftsbericht des Stadtrats für das Jahr 2016 einstimmig.

06.03.01

4. Einbürgerung

HOCH Friederike, geb. 18. Juni 1971 in Schopfheim (Deutschland), ledig, mit ihren Kindern **Amelie Sophia RÖMER**, geb. 5. Oktober 2008 in Zollikon ZH, und **Yannis Luca RÖMER**, geb. 10. Juni 2010 in Zollikon ZH, alle deutsche Staatsangehörige, wohnhaft in Wädenswil, Meierhofrain 21

Einbürgerungsgebühr: CHF 2'400.--
Referent: Ivo Peyer

Gemeinderatspräsident Angelo Minutella fügt hinzu, dass mit der Zustimmung durch den Gemeinderat alle heute Abend das Wädenswiler Bürgerrecht erworben hätten, unter Vorbehalt der Genehmigung durch Bund und Kanton. Herzliche Gratulation an alle. Er bitte sie, dass sie doch von den neuen Rechten unbedingt Gebrauch machen und sich am Wädenswiler Stadtleben beteiligen sollen. Der Stadtrat führe zwei Mal pro Jahr einen Neubürger- und Neuzuzügeranlass durch. Dazu seien sie herzlich eingeladen. Sie würden in absehbarer Zeit entsprechend Post erhalten.

Gegen die formelle Abwicklung der Ratsgeschäfte werden auf Anfrage von Gemeinderatspräsident Angelo Minutella keine Einwände erhoben.

Gemeinderatspräsident Angelo Minutella schliesst die Sitzung und wünscht allen ein kühles Bier und eine sonnige Woche.